

NIEDERSCHRIFT

über die **24.** Sitzung des **Bauausschusses** am Montag, dem **21.06.2004** um **16.00 Uhr** in der **Fröbelschule in der Elberfelder Str. 66**

Anwesend:
A. Müller, Vorsitzender
M. Dummer (für M. Grüterich)
M. Kreckel
D. Lunderstädt (für Herrn O. Jung)
R. Schulte (für Herrn D. Busch)
R. Voß
A. Widua (für Frau E. Huckenbeck)
R. Willmann

Sachkundige Bürger:
R. Böger
S. Körschgen
R. Krapp
K. Schmidt
R. Weyer

Von der Verwaltung:
N. Bartsch (Rechtsreferendarin)
U. Dippel
H. Eski als Schriftführerin
M. Faubel
B. Klein
N. Petri
N.-C. Schaffert
A. Unkrig (bis 18.00 h)
T. Wuttke
U. Wienand

Es fehlt:
A. Holtschneider
H. Er

Tagesordnung

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 23. Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2004
2. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2004 bezüglich der Reperatur/der Wartung der ÖPNV-Wartehäuschen
3. Information über die Neufassung der Friedhofssatzung
4. Berichtswesen (Aufstellung siehe Rückseite)
 - 4.1. mündlicher Bericht zum Ausbau der Lessingstr. (Bürgerversammlung)
 - 4.2. mündlicher Bericht zur Hangsicherungsmaßnahme Dahler Straße
 - 4.3. Erneuerung der Brücke zum Kinderspielplatz Ülfabad
 - 4.4. Fenster und Flachdachsanieierung an der GGS Carl-Diem-Str.
 - 4.5. Straßenunterhaltung 2004 (Kaiserstraße von Telegrafenstr. bis kurz vor die B 229)
 - 4.6. Sanierung der Stahlfachwerkbrücke über die Wupper
5. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

6. Niederschrift über die 23. Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2004
7. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzender eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 23. Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2004

Der Bauausschuss nimmt die Niederschrift der 23. Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2004 zur Kenntnis

2. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2004 bezüglich der Reparatur/der Wartung der ÖPNV-Wartehäuschen

Anhand einer Folie stellt Herr Klein den Bauausschussmitgliedern die Aufstellung über die Buswartehäuschen im Stadtgebiet Radevormwald vor. In diesem Zusammenhang gibt er bekannt, dass die in der Liste farblich gekennzeichneten Buswartehäuschen nicht reparaturbedürftig sind. Insgesamt sind von den bestehenden 58 Wartehäusern 38 auszutauschen bzw. zu erneuern.

Zudem sollen an zwei zusätzlichen Standorten Wartehäuser aufgestellt werden. Außerdem verweist Herr Klein darauf, dass gemäss einer Vereinbarung aus dem Bauausschusses vom 12.05.2003 ein Einplanungsantrag bei der Bezirksregierung Köln gestellt wurde. Auf diesen Antrag hin ist vor vier Wochen ein positiver Bescheid der Bezirksregierung eingegangen, in dem die angegebenen Kosten als förderfähig anerkannt werden und ein Zuschuss in Aussicht gestellt wird.

Auf Nachfrage des Herrn Schulte erläutert Herr Klein, dass in diesem Jahr mit einer Zuweisung des Landes nicht gerechnet werden kann. Zuvor muss seitens der Verwaltung noch der umfassende Förderantrag gestellt werden. Aufgrund der zu erwartenden Bearbeitungszeit ist davon auszugehen, dass zwar in diesem Jahr ein entsprechender Förderbescheid ergehen könnte, jedoch noch keine Zuwendung ausgezahlt wird, denn wegen der hohen Investitionssumme von ca. 370.000 € ist der Auftrag auszuschreiben.

Im Hinblick auf den derzeitigen geringen Ansatz der Haushaltsstelle „Unterhaltung Buswartehäuser“ kann nur eine geringfügige Instandsetzung der Buswartehäuser vorgenommen werden.

Herrn Klein sagt zu, die Aufstellung über die Buswartehäuser der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Auf eine ergänzende Frage des Herrn Schulte erklärt Herr Klein, dass zuerst mit der Erneuerung der Buswartehäuschen an den Hauptstraßen begonnen wird.

3. Informationen über die Neufassung der Friedhofssatzung

Herr Müller informiert zunächst die Bauausschussmitglieder darüber, dass am 15.06.2004 die Neufassung der Friedhofssatzung in der Hauptausschusssitzung beraten worden ist und die von der Verwaltung vorgestellten neuen Bestattungsarten seitens des Ausschusses begrüßt wurden.

In diesem Zusammenhang zeigt Herr Klein auf, dass die Friedhofssatzung an das neue Bestattungsgesetz NRW angepasst wurde und demnach neue Bestattungsarten (wie z. B. sarglose Bestattungen, Bestattung der Tot- und Fehlgeburten sowie von einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrüchte) zugelassen werden sollen.

Außerdem teilt er mit, dass die Verwaltung zur Zeit wegen patentrechtlicher Probleme einen Friedwald nicht anbieten wird. Nach Auskunft des Städte- und Gemeindebundes NRW ist davon auszugehen, dass für die Verbringung der Asche im Wurzelbereich eines Baumes sowie für die gesamte Abwicklung dieser Bestattungsart von der Fa. Friedwald GmbH ein patentrechtlicher Schutz besteht.

Anhand eines Gesamtplanes des Kommunalfriedhofs präsentiert Herr Klein den Bauausschussmitgliedern den Vorschlag der Verwaltung für das vorgesehene Aschestreufeld sowie für das Feld für Kinder unter 5 Jahren und zeigt eine Alternativfläche auf.

In diesem Zusammenhang möchte Herr Weyer wissen, ob nach der neuen Satzung die Eltern verpflichtet sind, Kinder unter 5 Jahren auf dem neuen Feld beizusetzen. Herr Klein entgegnet, dass mit der Anlegung eines derartigen Feldes nicht gleichzeitig eine entsprechende Verpflichtung ausgelöst wird.

Auf Nachfrage von Herrn Schulte erklärt Herr Petri, dass die Alternativfläche keine vorhandene Rasenfläche ist und demnach der Aufwand zur erstmaligen Herstellung deutlich höher wäre.

TOP 4 Berichtswesen

Der Vorsitzende Herr Müller ruft die einzelnen Tagesordnungspunkte auf. Dabei gab es Wortmeldungen zu folgenden Tagesordnungspunkten:

4.1. mündlicher Bericht zum Ausbau der Lessingstraße (Bürgerversammlung)

Herr Schaffert gibt bekannt, dass in der Bürgerversammlung hauptsächlich über zwei grundlegende Themen informiert wurde. Im ersten Teil hat die Verwaltung die technischen Details der Maßnahme und im zweiten Teil das Thema Erhebung von Straßenbaubeträgen nach § 8 KAG erläutert. In diesem Zusammenhang ist von mehreren Anwohnern die Meinung vertreten worden, dass es sich bei der Lessingstraße nicht um keine Anliegerstraße handelt, sondern vielmehr um eine Haupterschließungsstraße. Diese Einwände wird die Verwaltung aufgreifen und zur Klärung eine Verkehrszählung durchführen.

Herr Willmann teilt mit, dass die Anwohner die späte Mitteilung der Verwaltung bemängeln und macht den Vorschlag, gemeinsam zur Lösung dieses grundsätzlichen Problems alternative Vorgehensweisen zu entwickeln.

Herr Klein nimmt zu diesem Vorschlag Stellung. Aus haushaltstechnischen Gründen kann es nicht immer eine frühzeitige Mitteilung geben. Bevor der Haushaltsplan nicht vom Rat der Stadt verabschiedet ist, steht noch nicht fest, ob die jeweilige Maßnahme tatsächlich durchgeführt werden kann. Herr Willmann ergänzt darauf hin, dass auch eine grobe Information der Anwohner über zu erwartende beitragsfähige Maßnahmen ausreicht.

Im Rahmen dieser Diskussion bittet Herr Müller die Verwaltung, das Straßenkataster fortzuführen, damit den Bürgern stets verlässliche Informationen über den Straßenzustand gegeben werden können.

Herr Schaffert erwidert, dass eine Fortschreibung zum Teil erfolgt ist und weist darauf hin, dass das Fachgebiet Straßenbau lediglich aus zwei Mitarbeitern besteht. Bedingt durch diese geringe personelle Ausstattung ist eine schnelle Fortschreibung nicht möglich. Eine externe Vergabe dieser Tätigkeit wird sehr kostenintensiv sein.

Abschließend berichtet Frau Wienand über den derzeitigen Sachstand des Straßenbaus Lessingstraße und teilt mit, dass die Maßnahme inzwischen ausgeschrieben wurde und die Submission im kommenden Monat erfolgt.

4.2 mündlicher Bericht zur Hangsicherungsmaßnahme Dahler Str.

Herr Schaffert teilt mit, dass die Maßnahme verschoben werden musste, da es die derzeitige Planung nicht ermöglicht, den laufenden Verkehr aufrecht zu halten und gleichzeitig die Hangsicherung vorzunehmen. Er fügt hinzu, dass die Eigentümer eines Teiles des Geländes der ehemaligen Firma Wülfing, Bartels und Schmidt, der Maßnahme in der ursprünglich geplanten Art in Form einer Verkehrsumleitung über ihr privates Grundstück nicht zugestimmt haben. Infolgedessen muss die Maßnahme umgeplant werden; dies wird jedoch dazu führen, dass das gesamte Projekt kostenintensiver wird. Für die Umplanung benötigt die Verwaltung einen gewissen Zeitraumen.

Außerdem teilt er mit, dass eine monatliche Kontrolle der Standsicherheit des Hanges durch einen Statiker vorgenommen wird, um rechtzeitig ein Abrutschen der Straße zu erkennen und zu verhindern. In diesem Zusammenhang fügt er hinzu, dass kein Gutachter bereit ist, eine Garantie für die Standsicherheit des Hanges und der Straße zu geben.

Ergänzend führt Herr Schaffert hinsichtlich der zu erhebenden Erschließungsbeiträge an, dass derzeit die Verwaltung verschiedene Abrechnungsvarianten prüft. Hierzu liegt bereits ein Vorschlag des StGB NRW vor. Zudem beabsichtigt die Verwaltung einen externen Juristen mit der Prüfung der Abrechnung dieser außergewöhnlichen Situation und Maßnahme zu beauftragen. Sobald entsprechende Ergebnisse vorliegen, werden diese dem zuständigen Gremium bekannt gegeben.

Auf Anfrage der Herren Schulte und Dummer über die Höhe der zu erwartenden Beiträge stellt Herr Schaffert klar, dass noch keine konkreten Auskünfte über die Höhe der Beiträge erteilt werden können, da unterschiedliche Lösungsvarianten zu prüfen sind. Herr Schaffert hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Verwaltung bestrebt ist, eine rechtssichere Lösung für die außergewöhnliche Situation zu finden, damit im Falle eines Rechtsstreits die Bürger nicht mit höheren Beiträgen belastet werden, als ursprünglich kalkuliert.

Herr Müller erkundigt sich, ob es noch vor Ende der Legislaturperiode eine Lösung geben wird. Herr Schaffert erwidert, dass sich die Verwaltung bemühen wird, kurzfristig eine Lösung zu erarbeiten.

Außerdem weist Herr Schaffert darauf hin, dass in den kommenden Wochen zumindest alle die Anwohner angeschrieben werden sollen, die aus Sicht der Verwaltung beitragspflichtig sind.

4.3 Erneuerung der Brücke zum Kinderspielplatz Ülfabad

Herr Willmann begrüßt die ausführliche Darstellung der Kosten für diese Maßnahme. Er regt an, der Verwaltung bei der Entscheidung über die Art des Geländers die Entscheidung zu überlassen, fügt aber hinzu, dass ein Holzgeländer dem Gesamtcharakter des Ülfebades entgegen kommen würde.

Die Vergabe der Baumaßnahme erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Bauausschusssitzung.

4.4. Fenster- und Dachsanierung an der GGS Carl-Diem-Str.

Der Vorsitzende lässt über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen nach Freigabe der Haushaltsmittel im jeweiligen Gewerk beschränkt bzw. öffentlich auszuschreiben und die Vergaben durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.5 Straßenunterhaltung 2004 (Sanierung der Kaiserstraße von der Telegrafstraße bis kurz vor die B 229)

Herr Schaffert erläutert, dass die Verwaltung noch im Haushaltsjahr 2004 die Sanierung der Kaiserstraße von der Telegrafstraße bis kurz vor die B 229 (Richtung Herbeck) für notwendig hält.

In diesem Zusammenhang wünscht Herr Willmann diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen. Er weist darauf hin, dass die Vorlage kurzfristig bei den Fraktionen eingegangen ist und infolgedessen dieser Tagesordnungspunkt nicht im Vorfeld mit den Fraktionsmitgliedern beraten werden konnte. Stattdessen soll in der Ratssitzung am 13.07.2004 über den Tagesordnungspunkt abgestimmt werden.

4.6 Sanierung der Stahlfachwerkbrücke über die Wupper

Frau Wienand verweist auf die Vorlage und berichtet zum derzeitigen Sachstand. Sie teilt mit, dass infolge sehr umfangreicher Planungsaufwendungen und damit verbundener hoher Honorarkosten das Rechnungsprüfungsamt gefordert hat, weitere Angebote einzuholen.

Nach der Prüfung der drei vorliegenden Angebote wurde die kostengünstigste Firma beauftragt, diese Maßnahme durchzuführen. Für den kompletten Neubau der Brücke wären nach der vorliegenden Kostenschätzung Mittel von rund 255.000,- EUR bereit zu stellen.

Da der Neubau der Brücke mit verzinktem Geländer den Charakter der alten Brücke nachhaltig beeinträchtigen würde, schlägt die Verwaltung vor, die beiden Hauptträger des Stahlfachwerks zu demontieren, sorgfältig zu strahlen, zu beschichten, Nieten zu prüfen, ggf. ersetzen und danach die Hauptträger wieder einzubauen. Hierdurch hat diese Stahlkonstruktion nur noch eine optische, aber keine tragende Konstruktion mehr.

Weiterhin schlägt die Verwaltung vor, den Spannbetonbauteil neu zu bauen, um künftig die Unterhaltungskosten auf ein Minimum zu senken und so gleichzeitig den Gesamtcharakter beizubehalten.

Herr Willmann stellt die Frage, ob diese Maßnahme mit dem Denkmalschutz vereinbar ist. Darauf hin erwidert Herr Schaffert, dass es sich bei der Brücke zwar nicht um ein technisches Denkmal handelt, aber die Maßnahme im Gesamtzusammenhang mit dem Projekt der „TextilStadt Wülfig“ zu sehen ist.

Herr Willmann erkundigt sich weiterhin, ob die Mehrkosten förderfähig sind. Im Anschluss stellt Herr Krapp die Frage, ob bei einem Neubau der Stahlfachwerkbrücke eine Notbrücke aufgestellt wird, um weiterhin die Zufahrt zu den Anliegergrundstücken zu gewährleisten.

Herr Schaffert macht deutlich, dass die Mehrkosten aufgrund der fehlenden Denkmaleigenschaft leider nicht förderfähig sind. Eine Notbrücke wird es hauptsächlich aus Kostengründen nicht geben, da für den Zeitraum der Baumaßnahme von ca. 3 Monaten sowohl eine Verkehrsführung für den Anliegerverkehr über Schnellental als auch für den Schwerlastverkehr über die Grünentaler Straße möglich ist.

5. Mitteilungen und Fragen

a) Herr Willmann erkundigt sich nach dem derzeitigen Sachstand der Baumaßnahme „Neubau Rad- und Gehweg entlang der B 229 von Eich bis Halver“. Frau Wienand berichtet, dass die Vorplanung der Maßnahme bereits erfolgt ist. Die Pläne dieser Vorplanung wurden der Liegenschaftsabteilung übergeben, die nunmehr erste Gespräche mit den betroffenen Eigentümern hinsichtlich des notwendigen Grunderwerbes führen soll. Im Anschluss daran wird die Verwaltung die Planung fortsetzen.

b) Herr Krapp stellt die Frage, wie der Stand der Planung des Kreisverkehrsplatzes in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße/Kaiserstraße ist bzw. ob die geplante Sanierung der Straße vor der Kreuzung enden wird. Hierzu erwidert Frau Wienand, dass z. Zt. der Landesbetrieb prüft, ob die Verkehrsregelung mit einer Ampelanlage oder einem Kreisverkehrsplatz sinnvoller wäre. Außerdem verdeutlicht Frau Wienand, dass die erheblichen Spurrinnen und die starken Setzungen im Bereich des v. g. Knotenpunktes nur durch eine Vollsanierung beseitigt werden können und eine Deckensanierung daher nicht ausreichen würde.

c) Auf Frage von Frau Voß, ob die Baumaßnahme „Neubau eines Parkplatzes an der Mühlenstraße“ beendet ist, teilt Frau Wienand mit, dass die Maßnahme bis auf die Grünpflegearbeiten abgeschlossen ist.

In diesem Zusammenhang bittet Frau Voß die Verwaltung in der Niederschrift zu erläutern, weshalb Restholzabfälle auf dem Parkplatz Mühlenstraße gestapelt worden sind.

Der Restholzstapel nördlich des Parkplatzes Mühlenstraße stammt aus den Fällarbeiten. Das Restholz wird dort derzeit nur zwischengelagert und stellt keinerlei ökologische Beeinträchtigung für die Fläche dar. Es ist geplant, das Holz im Spätherbst zu dann (jahreszeitlich bedingt) günstigeren Konditionen entsorgen zu lassen.

d) Herr Müller gibt bekannt, dass im Falle dringlicher, unaufschiebbarer Maßnahmen eine zusätzliche Sitzung des Bauausschusses am 06.09.2004 als Ausweichtermin stattfinden könnte. Sollte seitens der Verwaltung dazu Bedarf bestehen, wird dies frühzeitig an die Fraktionen weiter gegeben.

e) Herr Willmann bittet darum das Straßenkataster dahingehend zu ergänzen, dass deutlich abzulesen ist, ob sich die jeweilige Straßen- oder Wirtschaftswegefäche im städtischen oder privaten Eigentum befindet.

In diesem Zusammenhang weist Herr Schulte darauf hin, dass die Wirtschaftswege, die von der Stadt seinerzeit durch Ratsbeschluss in die Unterhaltung aufgenommen wurden, auch weiterhin im Rahmen der Verkehrssicherheit unterhalten werden müssen. Frau Wienand stimmt Herrn Schulte zu und stellt klar, dass bedingt durch den geringen Haushaltsansatz lediglich dringend erforderliche Verkehrssicherungsmaßnahmen bei den Wirtschaftswegen durchgeführt werden können.

Ergänzend erläutert Frau Bartsch, dass die Fortführung des Straßenkatasters unter anderem auch bedeuten würde, die Altakten zu überarbeiten und den jeweiligen Einzelfall zu prüfen. Da es seinerzeit bedingt durch die schlechte Haushaltslage nicht möglich war, die Anforderungen des „Grünen Planes“ zu erfüllen bzw. davon ausgegangen wurde, dass sich die unterlassenen Handlungen jederzeit nachholen ließen, sind nunmehr umfassende juristische Probleme, vor allem in Bezug auf die Eigentümerfrage, aufgetreten.

Die Verwaltung bearbeitet kontinuierlich die Frage der rechtlichen Einordnung der Wirtschaftswege im Hinblick auf technischen Ausbau und Kosten für die Unterhaltung. Auf Grund der Komplexität des Sachverhalts wird dies viel Zeit in Anspruch nehmen, die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen dazu berichten.

f) Herr Willmann spricht den desolaten Zustand der Straße „Altendorf“ an und fragt nach, ob eine Sanierung geplant ist. Frau Wienand teilt mit, dass aufgrund der örtlichen Bedingungen eine übliche Wirtschaftswegesanieierung nicht möglich ist. Ein großer Teil der Straße müsste im Vollausbau ausgebaut werden, um das derzeitige Höhenniveau einzuhalten und folglich zu verhindern, dass das Regenwasser der Straße auf die privaten Grundstücke fließt und Schäden verursacht. Eine Veränderung des Höhenniveaus von ca. 12-14 cm hätte erhebliche Probleme hinsichtlich der Straßenentwässerung und der Grundstücksangleichungen zur Folge.

g) Herr Willmann bittet darum, dass das Straßenschild der Max-Planck-Straße an einen für alle Verkehrsteilnehmer besser einsehbaren Standort versetzt wird. Dies sagt die Verwaltung zu.